# parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 11 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag



2 Aus der Debatte zur Impfpflicht gegen Masern

3 Von der Tourismuskonferenz der Fraktion

4 Alternative Unterstützung für den „Lichtblick“

5 Zum Bericht des Petitionsausschusses


Kommentar

## Grundgesetz

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Vor 70 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland feierlich verkündet. Es hat sich bewährt, wäre aber noch besser, wenn in ihm soziale Grundrechte, wie das Recht auf Wohnen sowie Volksbegehren und Volksentscheide, ausdrücklich festgeschrieben wären. Es besteht unzweifelhaft Nachbesserungsbedarf in Richtung sozialer Grundrechtsoffensive. Nicht erst die derzeitige Wohnungskrise und die Proteste für bezahlbare Wohnungen zeigen: Soziale Grundrechte sind als Korrektiv zur neoliberalen Marktwirtschaft dringend notwendig.
Das Grundgesetz ist eine Lehre aus dem Faschismus, das macht schon der zentrale Artikel 1 deutlich, mit der Menschenwürdegarantie und der Bindung aller Staatsgewalt an die Verfassung. Dennoch wäre es angesichts mehr als bedenklicher Entwicklungen im politischen Spektrum nach ganz rechts außen notwendig, die Absage an rechtsextreme Ideologien deutlicher zu benennen. Wir fordern die Aufnahme eines entsprechenden Staatsziels. Das Grundgesetz sollte auch im Bereich Demokratie weiterentwickelt werden. Demokratie heißt mitbestimmen können über gesellschaftliche und staatliche Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen. Das gilt unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Daher sollen alle EinwohnerInnen Thüringens ab dem 16. Lebensjahr auch den Landtag und den Bundestag wählen können, wenn sie fünf Jahre oder länger hier leben – egal, welche Staatsbürgerschaft sie haben. Zudem sollte Mitbestimmung durch Volksbegehren und Volksentscheide im Grundgesetz verankert werden.

# Kinderrechte

## Unterstützung für Kampagne der Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz

**„Kinderrechte gehören ins Grundgesetz, damit die Rechte von Kindern und Jugendlichen bei den Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung endlich berücksichtigt werden“, sagte Kati Engel, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Die Abgeordnete hatte in diesem Zusammenhang auch zur Beteiligung an der Social-Media-Kampagne der Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ aufgerufen, die am 22. Mai stattfand.**

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und SPD sich dazu bekannt, die Kinderrechte in dieser Legislaturperiode ins Grundgesetz aufzunehmen. „Aber damit dieses Vorhaben auch umgesetzt wird, bleibt es wichtig, weiter Druck zu machen“, betonte die LINKE-Politikerin.

Sie verwies auf die Kinderrechtskonvention, die bereits 1989 von 191 Staaten der UNO unterschrieben wurde und auf drei Säulen fußt: Dem Recht auf Schutz, dem Recht auf Förderung der Entwicklung und dem Recht auf Beteiligung der Kinder. Die Kinderrechtskonvention wurde inzwischen von allen UN-Mitgliedsstaaten außer den USA ratifiziert.

„Kinderechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention verankert. Das heißt aber nicht, dass Kinderrechte auch gewahrt sind. Das müssen wir leider auch für Deutschland immer wieder feststellen“, sagte Kati Engel. „Kinder und Jugendliche können ihre Belange weder durch ihre Stimme bei der Wahl noch durch eine starke Lobby, wie sie zum Beispiel Autokonzerne haben, durchsetzen.

Wären die Rechte der Kinder im Grundgesetz verankert, könnten ihre Belange besser eingefordert und sogar rechtlich eingeklagt werden. Dafür müssen wir endlich aufhören, Kinder allein als Bestandteil von Familien zu betrachten“, appellierte die LINKE-Abgeordnete. „Kinder und Jugendliche müssen Träger eigenständiger Rechte im Sinne der Konvention werden. Nur so können wir die Interessen der Kinder besser schützen und ihre Rechte nachhaltig stärken.“

**Zum Hintergrund:**
Die Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ besteht aus über 50 Organisationen, darunter sind das Deutsche Kinderhilfswerk, der Deutsche Kinderschutzbund, der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVK), der Bundeselternrat und das internationale Kinderhilfswerk UNICEF. Seit 1994 setzt sich dieses Aktionsbündnis für die vollständige Umsetzung der Kinderrechte ein. So gab es für den 22. Mai einen Aufruf zur Teilnahme an einer Social-Media-Aktion. Der Satz „Kinderrechte ins Grundgesetz, damit…“ sollte vervollständigt und online gesetzt werden auf Facebook, Twitter, Instagram usw., Hashtag #KinderrechteinsGrundgesetz und/oder #kigg19.

# LINKE setzt auf Gewaltprävention

## Steffen Dittes zur CDU-Forderung nach Messerverbotszonen

**Zur Forderung der CDU, Messerverbotszonen in Thüringen zu schaffen und einen von Niedersachsen und Bremen im Bundesrat eingebrachten Antrag zu unterstützen, erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:**

Das ist wirkungsloser Aktionismus, der nicht zu mehr Sicherheit führen wird. Messerverbotszonen könnten überhaupt nur dann einen Effekt haben, wenn es zu massiven anlasslosen Kontrollen kommt. Dies würde erstens vollkommen unnötig alle Thüringer Bürger belasten und zweitens zu einer vollkommen ungerechtfertigten Arbeitsüberlastung von Polizeibeamten führen, die für andere, tatsächlich Sicherheit schaffende Aufgaben dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Die vorgesehene Gesetzesänderung im Waffengesetz ist auch deswegen unverhältnismäßig, weil sie ein Verbot für ‚Messer aller Art‘ normiert.

Wer demnach in einem Einkaufszentrum ein Küchenmesser erwirbt, könnte sich genauso strafbar machen wie jemand, der für eine Grillparty ein Plastikmesser mitbringt. Zudem werden Angler, Jäger, Camper und Outdoor-Sportler kriminalisiert und unter Generalverdacht gestellt. Das ist völlig lebensfremd und eine nicht zu rechtfertigende Einschränkung der Freiheitsrechte. In Thüringen gab es 2018 zwei Tote durch Verwendung von Messern und 229 Verletzte, die jedoch nicht nur auf Messer, sondern auch auf andere Stich- und Schnittwerkzeuge zurückzuführen sind. Im selben Zeitraum gab es 104 Verletzte durch Stöcke, Stangen und Zaunslatten.

Anstatt unseren Blick auf ein Tatmittel unter vielen zu richten, sollten verstärkt Konzepte zur präventiven Verhinderung des Tatentschlusses mit Fachexperten diskutiert werden.

Wir unterstützen sinnvolle und verhältnismäßige Maßnahmen zur Gewaltprävention auch im Bereich eines restriktiveren Waffenrechts, wie etwa den Besitz von Schusswaffen. Lebensfremde und nicht durchsetzbare Verschärfungen, die nur dazu dienen, dem Bürger ein Mehr an Sicherheit vorzugaukeln, lehnen wir hingegen ab.“

# Bezahlbaren Wohnraum sichern

## Linksfraktion lädt am 15. Juni zur wohnungspolitischen Konferenz in den Landtag ein

**Zu einer wohnungspolitischen Konferenz lädt die Fraktion DIE LINKE am Samstag, den 15. Juni, 11 bis 15 Uhr, in den Thüringer Landtag, Raum F 101, ein.**

„Die Durchschnittsmiete liegt in Thüringen bei rund 5,50 Euro. In Jena, Erfurt und Weimar muss man im Schnitt bereits sieben Euro und mehr zahlen, Tendenz stark steigend. Viele Menschen finden dort kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Auf der anderen Seite fehlt es an vielen Orten an altersgerechten Wohnungen in modernen, klimagerechten Gebäuden. Die öffentliche Debatte um Gegenmaßnahmen ist in vollem Gange. Enteignen, Mietendeckel, sozialer Wohnungsbau – alle Optionen liegen auf dem Tisch. Welche davon sind für Thüringen geeignet? Wir möchten Handlungsoptionen für Thüringen ausloten“, umreißt Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Anliegen der Konferenz, die um 11 Uhr von Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende, eröffnet wird.

11.15 Uhr: Zur Geschichte des Sozialen Wohnungsbau, MdL Ute Lukasch

11.30: Uhr Sozialer Wohnungsbau in Jena, Christian Gerlitz, Bürgermeister und Dezernent für Stadtentwicklung in Jena

11.45: Uhr Sicht der Gewerkschaft, Astrid Striehn, stellv. Geschäftsführerin Ver.di Bezirk Thüringen

12.00 Uhr: Kernaufgaben für Thüringen, Dr. Klaus Sühl, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

13.00 Uhr: Podiumsdiskussion mit Frank Emrich, Verbandsdirektor vtw (Verband Thüringer Wohnungs-und Immobilienwirtschaft e.V.), MdL (LINKE) Ute Lukasch, Klaus Sühl, Tamara Schindler, Mieterinitiative Jena, und Jürgen Frank, Initiative Bürgerbegehren KoWo Erfurt.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Biologische Vielfalt

## Artenarmut

Wir leben in einer völlig durchgestylten Kulturlandschaft, in der Freiflächen, land- und forstwirtschaftliche Flächen noch weiter zugebaut und zerschnitten werden.
Seit den 1980er-Jahren hat eine extreme Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft stattgefunden. Das zeigt sich schon an den gestiegenen Erträgen. Gleichzeitig hat der flächendeckende Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln extrem zugenommen und zwar in allen Bereichen: in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft, auf Flächen, wie Parks, Anlagen und Plätzen und in Haus- und Kleingärten. Unsere Dörfer, Wege, Straßenränder sind extrem aufgeräumt. Sauberkeit in einer natürlichen Umwelt bedeutet aber immer Artenarmut.
Beim weltweiten Artensterben macht sich auch die Übernutzung der Ökosysteme und Ressourcen drastisch bemerkbar, z.B. durch den Kraftfuttermittelanbau in Ländern wie Brasilien, durch Überfischung und nicht zuletzt auch den Klimawandel. Wir können auch in Thüringen sehr gut beobachten, dass es einerseits mehr Schädlinge gibt und sich andererseits die Ökosysteme nicht mehr erholen können. Ich bin davon überzeugt, dass der Artenschwund nur durch eine grundsätzliche Umstellung in den Produktionsweisen und der Verwertungs- und Konsumlogik gestoppt werden kann.

*Dr. Johanna Scheringer-Wright (LINKE) am 8. Mai in der Landtagsdebatte zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Thüringen, eine Aktuelle Stunde auf Antrag der Grünen*

# Für eine Impfpflicht, „die nicht angreifbar ist“

## Jörg Kubitzki in der Debatte zur Impfpflicht gegen Masern

**In der Mai-Plenarsitzung hatte sich der Landtag mit der Diskussion um die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern befasst. Dazu lagen den Abgeordneten ein Antrag der CDU-Fraktion und ein Alternativantrag der Fraktionen von LINKE, SPD und Grünen vor.**

Zur Begründung des Alternativantrags der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Wirksame Bekämpfung von Masern (und anderer gefährlicher Infektionskrankheiten)“ sprach der LINKE-Abgeordnete Jörg Kubitzki: „Hier geht es um eine Krankheit, die eigentlich schon mal in diesem Land ausgerottet und beseitigt war und jetzt wieder auftritt und gefährlich auftritt.“ Dabei, so der Abgeordnete mit Verweis auf den Alternativantrag, sollte auch generell über Impfungen gegen gefährliche Infektionskrankheiten geredet werden. Und Fakt sei, dass die Koalitionsfraktionen für eine Impfpflicht seien, aber sie müsse rechtlich so gestaltet sein, dass sie auch nicht angreifbar sei.

Im weiteren Verlauf der Debatte betonte der LINKE Gesundheitspolitiker die Bandbreite der Diskussion und dass bei solchen Themen das Abstimmungsverhalten, ähnlich wie Bundestag, freigegeben werden sollte. Er stelle auch fest, „die Generationen gehen unterschiedlich an dieses Thema heran. Wir Älteren, die eine Impfpflicht kannten, wir haben damit weniger ein Problem. (...) Es geht um den Schutz unserer Kinder und es geht um den Schutz der Menschen, die sich einer solchen Impfung unterziehen.“ Dazu sollte es auch Kampagnen geben, um die Menschen noch mehr zu überzeugen. So erlebe er zum Beispiel Argumente, sagte Jörg Kubitzki, gegen „diese Sechsfachimpfung, die es gibt, ich kann doch meinem Kind nicht diese Dröhnung zumuten, heißt es. Das muss ich erst mal zur Kenntnis nehmen. Da wird nichts gegen die Impfung an sich gesagt, sondern die Sechsfachimpfung. Muss sein, kann man das auch nicht anders lösen? Also, ich könnte mir vorstellen, das kann man auch anders lösen“.

Es entsetze ihn allerdings, wenn wie kürzlich im Fernsehen, „ein Vater, der sein Kind in eine Privatschule bringt, meint, Masern? Was ist denn das? Das ist doch eine ganz normale Krankheit. Wenn mein Sohn Masern kriegt, dann wird der gestählt, der Körper härtet ab“. Auch solche Meinungen müssten zur Kenntnis genommen werden.

Der Abgeordnete betonte, dass er allerdings dafür ist, „dass Kindergärten keine Kinder aufnehmen, die nicht geimpft sind, wenn es nicht einen Grund gibt, warum sie nicht geimpft sind“. Wenn gesagt werde, da habe der Staat kein Eingriffsrecht, dann sage er „Wir haben als Staat festgelegt, dass jedes Kind einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat. Dann habe ich als Staat auch das Recht, festzulegen, unter welchen Voraussetzungen ein Kind den Kindergarten besuchen kann und sollte.“ Aber da gebe es wieder Bedenken. Es sei also ein heißes Thema.

Es sollte nachgedacht und beraten werden und beide Anträge in den Sozialausschuss überwiesen werden. „Wir sollten prüfen, was ist alles machbar? Wir sollten auch dazu das Sozialministerium noch einmal befragen, wir sollten auch das Bildungsministerium noch einmal hören, dass wir das rechtlich sauber abklären. Ich möchte eins, dass wir als Landtag einen Beschluss fassen, der uns allerdings nicht gleich in den nächsten vier Wochen vor das Verfassungsgericht bringt. Das sage ich an dieser Stelle auch. Das sollte sauber abgeklärt werden“, so Jörg Kubitzki zum Schluss seiner Rede.

# Thüringen-Erlebnisse

## Impulse für eine bessere Vernetzung von Sport und Tourismus

**„Unsere Landestourismuskonferenz hat die Synergie von Tourismus und Sport in Thüringen herausgestellt und Impulse für die weitere Entwicklung gegeben“, so der tourismus- und sportpolitische Sprecher der Linksfraktion, Knut Korschewsky, zu der Veranstaltung mit vielen Beteiligten aus Tourismuswirtschaft, Kommunen, Spitzen- und Breitensport und der Politik.**

Neben einer besseren Vernetzung von Sport und Tourismus ging es auf der Konferenz am 23. Mai um deren ökologische, soziale und finanzielle Nachhaltigkeit, und dies auch mit Blick auf Oberhof und die geplanten Weltmeisterschaften. „Es gehört zu den übergreifenden Aufgaben, zielgruppenspezifische Thüringen-Erlebnisse zu kreieren, die einzigartig sind und im Einklang mit der Natur und den Menschen. Wichtige Zukunftsthemen, die auch korrespondieren mit den kürzlich veröffentlichten Eckpunkten der Bundestourismusstrategie, sind die nachhaltige Mobilität, Stichwort Weiterentwicklung des Rennsteigtickets, die Stärkung ländlicher Räume, regionaler Produkte und Wertschöpfung, z.B. über Produktivgenossenschaften, und insgesamt eine klimaverträgliche Entwicklung des Tourismus“, betonte Korschewsky.

Bei der Podiumsdiskussion warb Ministerpräsident Bodo Ramelow dafür, den Blick zu weiten. Es gehe nicht nur um Investitionen in Oberhof und Geld für Spitzensportler, es müsse auch um diejenigen Menschen gehen, die in der Gastronomie und Hotellerie gebraucht werden und die z.T. auch aus dem Ausland nach Thüringen kommen. Als einen weiteren wichtigen Punkt benannte der Ministerpräsident die digitale Verknüpfung der analogen Welt. „Wir müssen unsere Geschichten im Netz erzählen und die richtigen Geschichten in Wert setzen“, sagte er.

Adrian Leeder, Leiter des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit im Regionalverbund Thüringer Wald, beschrieb den Geist, den es für den touristischen Erfolg braucht: „Verschiedene Sportarten und Tourismus zusammenbringen. Dieses gute, anziehende Sportgefühl mit weiteren Marketingmaßnahmen durch Spitzensportlerinnen und Sportler flankieren und transportieren.“

Rolf Beilschmidt, Hauptgeschäftsführer des Landessportbundes, verwies darauf, dass die Sportveranstaltungen durch zahlreiche Ehrenamtliche abgesichert und getragen werden, auch dies müsse stärker honoriert werden. Prof. Dr. Natalie Essig, Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München und Architektin mit langjähriger Erfahrung im internationalen Spitzensportstättenbau, ermunterte: Es sollte nicht der Fehler gemacht werden, sich mit Österreich oder Peking zu vergleichen, sondern es muss das wertgeschätzt werden, was als Thüringer Alleinstellungsmerkmal gelten kann: die Sanftheit des Tourismus und Möglichkeiten zu echter Erholung durch die Kleinteiligkeit und die Vielfalt der Angebote.

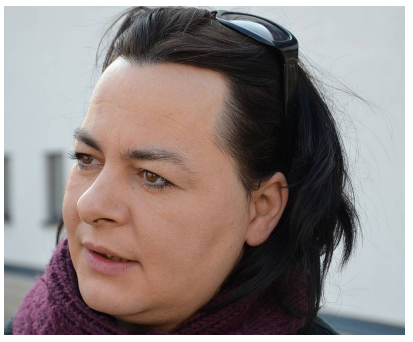
Bärbel Grönegres, Geschäftsführerin der Thüringer Tourismusgesellschaft, und Mark Kühnelt, Präsident der DEHOGA, diskutierten in einem weiteren Podium mit Knut Korschwesky die Erwartungen des Aktivbesuchers. Grundsätzlich müsse in der Tourismuswirtschaft der Kooperationsgrad noch weiter steigen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten auch über Angebote in benachbarten Regionen und favorisierte Sportarten auskunftsfähig sein, um die Wiederkehr und Verweildauer der Gäste in Thüringen auszubauen.

*Myriam Kaskel*

## Große Unsicherheitsoffensive

Als „große Unsicherheitsoffensive“ bezeichnete Katharina König-Preuss, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, die neuen Vorschläge des Bundesinnenministers Seehofer (CSU), internetbasierte Messengerdienste dazu zu zwingen, mit ihnen versendete Nachrichten zu entschlüsseln: „Der Vorschlag Seehofers bedeutet nichts anderes als das Verbot der End-to-End-Verschlüsselung in Deutschland. Das stellt ein hohes Sicherheitsrisiko für jeden dar, der in irgendeiner Form vertraulich kommunizieren muss und will. Damit gefährdet Seehofer die Sicherheit, die er angeblich schützen will, erheblich.“

„Das Prinzip der End-to-End-Verschlüsselung hat zum Inhalt, dass ausschließlich die jeweiligen Enden der Kommunikation, nämlich Sender und Empfänger, die kommunizierten Inhalte einsehen können. Wenn man fordert, dass die dazwischenliegenden Übertragungsdienste die Nachrichten im Klartext übermitteln sollen, müssten diese Dienste auch in jedem Fall Zugriff auf diesen Klartext haben“, erklärt Katharina König-Preuss die prinzipielle Arbeitsweise.



Sie wies damit auf das grundlegende Problem hin: „Bei allen Verschlüsselungsformen gilt: Es gibt keinen sicheren Weg für Hintertüren. Es ist technisch nicht möglich, allein Zugriff für den Staat zu schaffen, ohne auch Kriminellen diesen Zugang zu eröffnen.“

Was Seehofer fordere, so die Abgeordnete weiter, sei die längst widerlegte Sicherheitsesoterik aus den 90ern. „Er verspricht mehr Sicherheit, aber macht alle Kommunikation in Deutschland leichter angreifbar - zum Beispiel auch für Industriespionage und ähnliches. Von den gravierenden Eingriffen in das Recht auf Vertraulichkeit der Telekommunikation einmal ganz abgesehen.“

„Die Forderung des Bundesinnenministers stellt eine Gefahr für die Sicherheitslage in Deutschland dar. Sie ist abzuweisen und gewiss nicht durch irgendwelche Bedürfnisse der Sicherheitsbehörden zu rechtfertigen“, meint Katharina König-Preuss abschließend.

## » Offene Tür

Auch in diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der offenen Tür ein. Dieser findet am Sonnabend, den 22. Juni, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr statt. Dabei gibt es zahlreiche Informationen rund um die Arbeit des Landtags, der Fraktionen, Abgeordneten und Ausschüsse. Die Fraktionsvorsitzendenrunde im Plenarsaal unter dem Motto „Bürger fragen, Politiker antworten“ beginnt 14 Uhr. Die Fraktion DIE LINKE präsentiert sich mit einem Informationsstand vor dem Landtag, hier sorgt auch der Verein „Ottokar“ für Kinderspaß und eine Schnellzeichnerin fürs gute Bild. Im Café im Fraktionssitzungssaal (F 201) kann man sich in Ruhe niederlassen.

## » Krankenhäuser

„Die Überschüsse der Thüringer Krankenhäuser sollten vorrangig für eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals in den Kliniken eingesetzt werden“, forderte MdL Jörg Kubitzki. Er reagiert damit auf den aktuellen Klinik-Rating-Report-2019. Dieser besagt, dass die Thüringer Kliniken deutschlandweit die höchsten Gewinne erzielt haben. Aus dem Report geht auch hervor, dass die Überschüsse gegenüber den Vorjahren rückläufig sind. „Gerade deshalb hätten schon längst Teile dieser Gewinne an das Personal weitergereicht werden müssen. Bei guter Bezahlung sind auch wieder mehr junge Menschen bereit, einen Pflegeberuf zu ergreifen“, betonte der LINKE-Politiker.

## » Schneekopf

Vom 5. bis zum 7. Juli findet das 21. Mal das Schneekopfgipfeltreffen statt. Nach der Veränderung der Gebietskulisse gehört der Schneekopf, Thüringens einziger Tausender, nicht mehr zum Ilmkreis, sondern zur Stadt Suhl, die als Mitveranstalter mit dem Thüringer Gebirgs- und Wanderverein auftritt. „Wir freuen uns, dass auch in diesem Jahr wieder Ministerpräsident Bodo Ramelow die Schirmherrschaft übernommen hat“, sagte Knut Korschewsky, Präsident des Thüringer Gebirgs- und Wandervereins und LINKE-Landtagsabgeordneter.

*Mehr zum Programm unter: https://thueringer-gebirgs-und-wanderverein.de/21-gipfeltreffen-der-wanderer*

# Für einen Thüringer Entschuldungsfonds

## Linksfraktion hatte zu Fachgespräch Vertreter verschiedener Stiftungen eingeladen

Zu einem Fachgespräch zum Thema „Thüringer Stiftung für Entschuldung“ hatte die Linksfraktion mit ihrer Abgeordneten Diana Skibbe am 3. Juni in den Landtag eingeladen. Gekommen waren zahlreiche Engagierte aus diesem Bereich.

Als verbraucherpolitische Sprecherin hat sich die Abgeordnete in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Problemkreis Privatinsolvenzverfahren, Entschuldung von Privatpersonen in Zusammenarbeit mit den Schuldnerberatungsstellen sowie Verbraucherinsolvenzberatungsstellen befasst. Für einige Personengruppen gibt es derzeit schon Möglichkeiten, über Stiftungen aus anderen Bundesländern Entschuldungen vorzunehmen ohne ein Insolvenzverfahren zu eröffnen.

Das Fachgespräch diente dazu, sich mit Vertretern dieser Stiftungen austauschen und deren Erfahrungen zur Thematik kennenzulernen. „Wir wollen für Thüringen prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, einen Fonds für Entschuldung zu installieren. Betroffenen Menschen sollen damit andere Wege der Entschuldung als das Privatinsolvenzverfahren angeboten werden“, sagte Diana Skibbe

Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachgesprächs die Impulsreferate. Eingangs sprach Rita Hornung von der Integrationshilfe für ehemals Suchtkranke der Marianne von Weizsäcker-Stiftung, anschließend Cornelia Schonhardt von der Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige in Hessen, bei der es auch um Menschen geht, die überschuldet sind und ihre Schulden aus eigener Kraft nicht mehr tilgen können.

Ein weiteres Impulsreferat hielt Anja Stache vom Verein Bremische Straffälligenbetreuung. Hier stand der Schuldenregulierungsfonds Bremen im Blickpunkt. Arno Röder, Talisa Gera, Arbeitslosenhilfe und Schuldnerberatung, stellte die Bürgerstiftung vom Landratsamt Ravensburg vor sowie die Darlehensregelung des Diakonischen Werkes Dortmund und Lünen.

**https://www.weizsaecker-stiftung.de**
**https://www.resofonds-hessen.de/**
**http://www.straffaelligenhilfe-bremen.de/resofonds.html**

**Campustour**

## Vernetzung

Die Campustour 2019 der Fraktion DIE LINKE in Zusammenarbeit mit dem Jugendwahlkreisbüro RedRoxx knüpft an die sehr guten Erfahrungen der Campustour 2014 an und findet statt in der Zeit vom 11. Juni bis zum 11. Juli.

An allen Thüringer Hochschulen wird ein interaktiver Infostand Station machen, der Inhalte und Forderungen der Linksfraktion zur Hochschul- und Wissenschaftspolitik vermittelt. Parallel finden Gespräche mit den jeweiligen Hochschulleitungen, Studierendenvertretungen und Interessenvertretungen der Beschäftigten der Hochschulen (z.B. Mittelbau-Initiativen) statt. Am Abend sind Rundgänge an Orte studentischen Lebens geplant, um auch über diesen Weg mit Studierenden über Hochschulpolitik und studentische Anliegen ins Gespräch zu kommen. Kernpunkt der Ansprache der Campustour ist das novellierte Thüringer Hochschulgesetz. Fragen zur Umsetzung, zu dadurch entstandenen Verbesserungen, offene Fragen und noch bestehende Probleme stehen im Mittelpunkt.

Die Campustour wird dabei die Position der Linksfraktion hinsichtlich einer sozialen, offenen und demokratischen Hochschule herausstellen. Darüber hinaus soll die Campustour dazu dienen, sich weiterhin nachhaltig mit den in Thüringen relevanten wissenschafts- und hochschulpolitischen und insbesondere außerparlamentarischen AkteurInnen zu vernetzen.

# Schulhymne kreiert

## Scheck der Alternative 54 an Sonneberger „Lichtblick“ übergeben

**Mit einem symbolischen Scheck im Gepäck besuchte der Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky die Regelschule „Cuno Hoffmeister“ in Sonneberg. Im dortigen Büro des Zentrums für Jugendsozialarbeit „Lichtblick“, das seit Jahren im Landkreis Sonneberg unter Trägerschaft der Diakonie wertvolle Arbeit leistet, überreichte er eine Spende aus dem Fonds der Alternative 54 e.V. der LINKEN Landtagsabgeordneten an die Leiterin Katrin Michelis. Das Geld fließt komplett in eines der jüngsten Projekte.**

Die „Lichtblick“-Chefin berichtete, dass sie Daniel Schneider zu Gast hatten, Produzent, Fachbuchautor und Rapper von der Rap-School NRW. Er hat gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen der „Cuno Hoffmeister“-Schule, dem Förderzentrum Wolkenrasen und der Nordschule Steinach individuelle Schulhymnen erarbeitet. Erst wurden Texte kreiert, diese dann im mobilen Tonstudio aufgenommen und ein passendes Musikvideo gedreht.

Knut Korschewsky erfuhr zudem, dass „Lichtblick“ als Initiator und Organisator des Rapschool-Projekts bereits seit neun Jahren eng mit der Rapschool NRW zusammenarbeitet und schon mehrfach ähnliche Projekte umsetzen konnte. „Es freut uns natürlich sehr, dass wir euch mit der Alternative 54 bei dieser gelungenen Aktion direkt unterstützen können. Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen neben dem Lernen Raum und Möglichkeiten zu schaffen, damit sie ihren Interessen nachgehen und ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten erweitern können“, so der Landtagsabgeordnete.

„Ich bin mir sicher, dass ‚Lichtblick‘ mit seinen Angeboten eine wichtige Säule der Jugendarbeit im Landkreis ist und gerade auch in schwierigen Situationen und bei Problemen für die Kinder und Jugendlichen ein vertrauenswürdiger Anlaufpunkt“, sagte Knut Korschewsky „Wir sind bei der Realisierung unserer Vorhaben auf Spenden angewiesen und deshalb freut es uns umso mehr, dass Sie unsere Anfrage so unkompliziert in die Tat umsetzten“, ließ Katrin Michelis den Gast wissen. Für die nahe Zukunft habe man u.a. ein Zirkusprojekt, mehrere Sozialrallys sowie eine Wiederholung einer Veranstaltung mit der Crew von „Instant Acts“ gegen Gewalt und Rassismus in Vorbereitung.

*Foto: Burkhard Graf*

# Petitionen lohnen sich

## Anja Müller in der Debatte zum Bericht des Petitionsauschusses

**Im Thüringer Landtag wurde am 10. Mai der Arbeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2018 vorgestellt. Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE, wies auf die herausgehobene verfassungsrechtliche Bedeutung des Petitionsrechtes hin. Denn jeder und jede hat das Recht, sich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden und das unabhängig vom Alter.**

Das Petitionsrecht wird genutzt. Im letzten Jahr erreichten den Petitionsausschuss 831 Eingaben. Dabei ist jede Petition ein sichtbarer Ausdruck dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich einmischen wollen und selbst aktiv werden, um einen Missstand zu beseitigen“, sagte Anja Müller. Besonders erfreulich sei, dass vom Instrument der öffentlichen Anhörung von Petitionen verstärkt gebraucht gemacht wird. Sie bieten den Petentinnen und Petenten die Möglichkeit, ihr Anliegen direkt den Abgeordneten und Regierungsvertreterinnen und -vertretern vorzutragen.

„Petitionen helfen, den Abstand zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik zu verringern und einen unmittelbareren Zugang zur Politik herzustellen. Umgekehrt bringen sie die Politik auch wieder näher an die Bürgerinnen und Bürger und weisen auf Probleme hin, die sonst aus den Augen verloren gehen könnten. In jedem Falle lohnt es sich, eine Petition zu stellen“, so die LINKE Landtagsabgeordnete.

### Zum Beispiel Verkehrssicherheit

Generell sei zu prüfen, ob die Sitzungen des Petitionsausschusses öffentlich stattfinden können. In Bayern sei das bereits seit Jahrzehnten gängige Praxis. „Auch wenn sich das bayrische Modell nicht eins zu eins auf Thüringen übertragen lässt, so würde diese Offenheit sicherlich geschätzt und den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Einblick in die Landtagsarbeit bieten“, betonte die Sprecherin der Linksfraktion für Bürgerbeteiligung und Petitionen.

**Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede im Landtag:**

„Ich will auf zwei Beispiele zurückkommen, wo Menschen etwas über eine Petition erreicht haben: Das eine ist Tempo 30 in Judenbach. Anfang des Jahres 2018 haben sich die Einwohnerinnen und Einwohner einer kleinen Gemeinde im Landkreis Sonneberg an den Petitionsausschuss gewandt. Durch den bergigen Ort führt eine enge und kurvenreiche Kreisstraße, auf der auch Kinder jeden Morgen zur örtlichen Grundschule gehen oder am Straßenrand auf den Schulbus warten müssen.

Trotz aufgestellter Hinweisschilder, die auf Schule und Kindergarten aufmerksam machen, halten sich viele Verkehrsteilnehmer nicht an die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Messungen haben bis zu 114 km/h ergeben. Besonders in den Wintermonaten, wenn der ohnehin schmale Fußweg nicht geräumt ist und sich Schneeberge an den Straßenrändern türmen, wird der Schulweg zur Gefahr. Die Anwohner forderten daher eine Absenkung der Geschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde und verstärkte Verkehrskontrollen durch die Polizei.

Das Bürgeranliegen, das nach Behandlung im Petitionsausschuss in der Thüringer Staatskanzlei fortgeführt wurde, war schließlich erfolgreich. Anfang dieses Jahres wurde die Höchstgeschwindigkeit durch eine verkehrsrechtliche Anordnung auf einem etwa 300 Meter langen Straßenabschnitt im Bereich der Grundschule auf 30 km/h abgesenkt.

### Zum Beispiel Ein-Fach-Lehrer

Eine weitere Petition, die auch zum Erfolg geführt hat, war die Gleichstellung von Ein-Fach-Lehrern. Im Jahr 2018 – das durch zahlreiche Petitionen aus dem Bildungs- und Besoldungsbereich geprägt war – erlangten auch durch die öffentliche Anhörung die erfolgreichen Petitionen für eine Zulage für Fachleiterinnen und Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern sowie die Petition für eine gleiche Besoldung für alle Lehrämter besondere Aufmerksamkeit.

Etwas unter dem Radar lief jedoch die ebenfalls erfolgreiche Petition für die Anerkennung von sogenannten Ein-Fach-Lehrerinnen und -lehrern. Mit der sich auf dem Weg befindlichen Änderung des Besoldungsgesetzes werden Ein-Fach-Lehrer, die bereits eine Unterrichtserlaubnis für ein weiteres Fach besitzen oder eine entsprechende Weiterbildung nachweisen können, ohne eine zusätzliche Prüfung mit Zwei-Fach-Lehrern gleichgestellt. Diese Gesetzesänderung, die auch Ausdruck einer Anerkennung der Lebensleistung von circa 400 Ein-Fach-Lehrern in Thüringen ist, ist zu einem guten Teil auf eine Initiative dieser Petition zurückzuführen, die von einem Petenten aus meinem Wahlkreis eingereicht wurde.

Dass sich Petitionen lohnen, wird an vielen Beispielen deutlich. Zwar konnte nur bei etwa 8,6 Prozent der abgeschlossenen Petitionen dem Anliegen entsprochen werden. Bei der überwiegenden Mehrheit – bei 649 Petitionen, rund 68 Prozent – wurde jedoch Aufklärung betrieben und Auskunft zur Sach- und Rechtslage gegeben.

### Verständliche Sprache

In den abschließenden Bescheiden werden die Petenten umfangreich über Zusammenhänge und Hintergründe informiert und Vorgehensweisen und Gestaltungsmöglichkeiten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen erklärt bzw. nachvollzogen. Diese Aufklärungsarbeit ist auch eine wichtige Funktion des Petitionsausschusses. Verständliche Sprache braucht es auch bei einer Kommunikation. Es nützt nichts, wenn wir im Petitionsausschuss Bescheide hinausschicken, die genauso formuliert sind, wie die, gegen die sich die Petenten eigentlich wehren, weil sie nicht zu entziffern sind. Deswegen ist es gut, dass wir uns mit einer verständlichen Sprache auf einen guten Weg gemacht haben.“

**Protokolle der Reden der Landtagsabgeordneten sind auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen unter: www.thueringer-landtag.de/plenum/protokolle/**

**Paragraf 219a**

# Kein Vertrauen

Vor einigen Wochen ist das „Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch“ in Kraft getreten. Der Kompromiss zur Reform des Paragrafen 219a des Strafgesetzbuches, auf den sich SPD und CDU aufgrund der massiven Proteste frauenpolitischer, feministischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen geeinigt haben, weist große Schwachstellen und Rückschritte auf. Neue Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen gibt es hingegen für Thüringen.

„Dass im Gesetzestitel von Verbesserung die Rede ist, ist mehr als zynisch angesichts der Tatsache, dass Ärztinnen und Ärzte nun zwar sagen dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche anbieten, aber nicht sagen dürfen, mit welchen Methoden“, sagt Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, finden Informationen auch nach dem Gesetz nicht direkt auf der Internetseite der entsprechenden Ärzte, sondern sie müssen sie sich über ein Portal der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung suchen.

„Die neue Formulierung kennzeichnet Informationen, die darüber hinausgehen, dass Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, als Werbung und damit als strafbar. Vertrauen in die Ärztinnen und Ärzte, dass sie informieren und nicht bewerben wollen, und Vertrauen in die betroffenen Schwangeren, die mündig und verantwortlich über ihren Körper und eine Schwangerschaft entscheiden, sieht anders aus“, fasste Karola Stange den Stand der Reform zusammen.

„Es ist nicht absehbar, wie lange die Einrichtung des beschlossenen Portals dauern wird. Dieses soll Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen auflisten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In Thüringen gibt es aktuell keine gesicherten Informationen über die ärztlichen Praxen. Dafür aber über die Kliniken, welche Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Durch die Landeskrankenhausgesellschaft wurde zur Beantwortung meiner Kleinen Anfrage eine Aufstellung entsprechender Krankenhäuser zur Verfügung gestellt. Danach gibt es 24 Kliniken in 21 Landkreisen und kreisfreien Städten, die in ihrem Leistungsspektrum Schwangerschaftsabbrüche haben. Nur in den Landkreisen Saale-Holzland-Kreis und Sömmerda findet sich keine solche Klinik“, so die LINKE-Abgeordnete aus dem Thüringer Landtag.

Nebenbei notiert

## Durchschaubar

KOMMENTAR VON
MDL KATJA MITTELDORF

Am 5. Juni tritt der Thüringer Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Die CDU-Fraktion hat diese beantragt. Dabei geht es um die zu gründende Mitteldeutsche Schlösserstiftung.
Das CDU-Manöver ist durchsichtig: Man versucht den Eindruck zu erwecken, der Freistaat Thüringen wolle Kulturdenkmale verscherbeln und sich seiner Verantwortung entziehen. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Für uns haben der Erhalt und die Sanierung Thüringer Kulturdenkmale Priorität.

Ausgehend von zwei Haushaltspolitikern der Koalition aus CDU und SPD auf Bundesebene bot der Bund den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt ein Sonderinvestitionsprogramm an und möchte gleichzeitig die Bedingungen dafür stellen, in welcher Form die Gelder verteilt werden sollen.

Es ist absolut richtig, dass in den Verhandlungen der Freistaat stets darauf gedrungen hat, die kulturpolitische Hoheit für unsere Schlösser zu behalten und im Sinne der Beendigung des Sanierungsstaus und der Ertüchtigung unserer wertvollen Kulturdenkmale zu agieren.

Von einem Ausverkauf Thüringer Kultur zu sprechen, wie es die CDU offenbar schon wieder im Wahlkampfmodus tut, ist unredlich. Wenn sie die 200 Millionen Euro vom Bund nicht für Thüringer Kulturdenkmäler nutzen möchte, dann möge sie sich doch offen dagegen positionieren und ihren Einfluss auf Bundesebene nutzen, anstatt der rot-rot-grünen Landesregierung zu unterstellen, ihrer Verantwortung nicht gerecht zu werden.

**Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:**

### Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

### Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

### Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

### Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

# Wie Missbrauch verhindern?

## Einladung zur Veranstaltung „Direkte Demokratie und Rechtspopulismus“

**Wie schon in den Vorjahren laden auch 2019 die Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V. zu einer Demokratie-Veranstaltung in den Thüringer Landtag ein.**

Die Veranstaltung „Demokratie und Rechtspopulismus“ findet statt am Dienstag, dem 18. Juni, im Raum F 125/125 a im Thüringer Landtag in Erfurt.

Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Bürgerbeteiligung, sagt zum Anliegen der diesjährigen Veranstaltung: „Nicht erst mit Blick auf die Europawahlen 2019 zeigt sich, dass in fast allen europäischen Ländern rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen, Akteure und Parteien Zulauf haben. Wir finden das problematisch, sehen unsere Demokratie, Grund- und Minderheitenrechte gefährdet. Viele dieser ‚Rechtsaußen-Akteure‘ befürworten den Ausbau der direkten Demokratie. Wir wollen mit der Veranstaltung den Fragen nachgehen: Warum finden Rechtspopulisten direkte Demokratie ‚chic‘? Welche inhaltlichen und strategischen Ziele verfolgen sie damit? Wie lässt sich wirksam verhindern, dass Akteure von „Rechtsaußen“ die direkte Demokratie missbrauchen? Wie kann der verantwortungsvolle Umgang mit der direkten Demokratie eingeübt und praktiziert werden?“

Für den Eingangsvortrag konnte der Soziologe und Sozialpsychologe Prof. Dr. Harald Welzer gewonnen werden. Er ist Mitbegründer und Direktor der gemeinnützigen Stiftung „FuturZwei – Stiftung Zukunftsfähigkeit“. Sie beschäftigt sich mit alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen.

**Zum Ablauf der Veranstaltung:**
16.00 Uhr: Begrüßung / Einleitung
16.15 Uhr: Vortrag Harald Welzer
17.00 Uhr: Statement Ralf-Uwe-Beck, Sprecher Mehr Demokratie e.V.
Anschließend findet eine Frage- und kurze Diskussionsrunde statt.
Nach einer Pause geht es um 18 Uhr weiter mit einer Podiumsdiskussion, an der Harald Welzer und je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der vier Veranstalter, also aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vom Landesverband Mehr Demokratie in Thüringen, teilnehmen.
Ende gegen 19 Uhr..

# Juni-Plenum mit Schulgesetz und Haushalt

Der Thüringer Landtag geht auf die Zielgeraden. In der Zeit vom 12. bis 14. Juni finden die vorletzten Landtagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause statt. Schwerpunkte werden die Verabschiedung des neuen Thüringer Schulgesetzes sowie des Landeshaushaltsplans für das Jahr 2020 sein.

Eine Grundlage der zweiten und abschließenden Beratung des Thüringer Schulgesetzes ist ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Damit finden auch Anregungen der kommunalen Spitzenverbände zur Ausgestaltung der Schul- und Klassenmindestgrößen Eingang in das Gesetz. Zudem soll es einen deutlichen Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern geben.

Der Entwurf für den Landeshaushalt 2020 entspricht der Maßgabe, die Finanzen Thüringens auch weiter zukunftssicher, gerecht und sozial aufzustellen. Neben deutlichen Investitionen wird gleichzeitig für einen soliden Schuldenabbau gesorgt. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf Umschichtungen geeinigt, um in vielen Bereichen noch mehr positive Veränderungen aufzunehmen und die Bürgerinnen und Bürger des Landes deutlich zu entlasten.

**Impressum** HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler